

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin über bei Bestellung außerhalb ohne Bestellgebühr monatlich 2,80 M., bei Zustellung unter Straßenschild 4,20 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Norden 2893 und 2896.

Interesse haben die nachfolgenden Tarifbestimmungen über den Raum 20 Pf., kleine Briefe bis festgesetzter Wert 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leertextzuschlag 50 Pf., 24 Stunden- und Veranlassungszuschlag 10 Pf. der Zuschlag von 10 Pf. für den Raum, folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition mitgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Gesamtsprecher: Kurt Norden 9765

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Aufmarsch gegen München.

Siegesberichte aus Bayern.

Berlin, 29. April.

Die Reichstruppen haben im Einklang mit der bayrischen Regierung mit Teilen die Gänge überschritten. 2. Gardebataillon mit Regimentern Alexander, Augusta, Prinz und Freikorps Gödlich befinden sich auf dem Marsch. Gemeinsam mit bayerischer und schwäbischer Volkswacht werden die Hilstruppen des Reiches den Aufmarsch gegen München ausführen. Hauptverteidigungslinie der Roten Armee ist gegen Wehen Amper und Ammersee bis Brud. Stützpunkt gegen Norden des Harl besetzte Dachau. Der nördlich vorgeschobene Stützpunkt Freising wurde von Regierungstruppen genommen. Auch eine Kompanie befindet sich schon in der Hand der Regierung. Die Spezialisten-Armee wird nicht mehr von Koller, sondern vom früheren Stadtkommandanten, dem Kommunisten Egelhofer, angeführt.

Ämtlich wird verkündet:

Augsburg, 29. April.

Ämtliche Mitteilung des Gruppenkommandos Augsburg: Die Regierungstruppen sind heute, am 29. April, auf der Bahnlinie näher an München herangekommen.

Bamberg, 29. April.

Die Regierung Hoffmann erläßt heute einen Aufruf an das bayerische Volk, worin der Einwohnerschaft Bayerns die Ankunft der Reichshilstruppen angeordnet wird und alle Bewohner Bayerns aufgefordert werden, Brüderlichkeit und Entgegenkommen den preußischen Truppen zu erweisen.

Die Streikbewegung in Oberschlesien.

Hindenburg (Oberschl.), 29. April. Heute früh fand unter der Arbeiterschaft der Donnerstagsmordhütte in Hindenburg eine nennenswerte Abstimmung statt. Der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft erklärte sich für den Streik. Die gesamte Arbeiterschaft trat, wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, sofort in den Ausstand.

Rattowitz, 29. April.

Die die Pressestelle des Staatskommissars für Oberschlesien meldet, ist die Arbeit im Kraftwerk Chorzow wieder aufgenommen worden. Das Kraftwerk Jaborze ist in der Nacht ohne Weiterverhinderung militärisch besetzt worden. Der Hauptabteilungsleiter Witz, der die arbeitswichtige Wehrwehr terrorisiert hatte, wurde verhaftet. Die Arbeiterschaft nimmt die Arbeit wieder auf, so daß auch dieses Kraftwerk bald im Gange sein wird.

Dadurch ist, wie die Pressestelle des Staatskommissars für Oberschlesien erklärt, der in Oberschlesien geplante Generalkrieg gegenstandslos geworden, und in verhältnismäßig kurzer Zeit wird wohl die Arbeit voll aufgenommen werden, besonders, da bekannt geworden ist, daß von der Bezahlung der Streikschäden keine Rede ist. Augenblicklich verbreiten Kommunisten und unabhängige Sozialdemokraten ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Generalkrieg. Alle Maßnahmen dagegen sind bereits getroffen worden.

Was versteht Herr Göring unter „Maßnahmen“? Sollen die Arbeiter durch den von den Unternehmern beschlossenen Generalstreik gewaltsam in die Werke getrieben werden?

Was auch von diesen amtlichen Meldungen zu halten ist, geht erstens aus der Behauptung hervor, daß ein einziger „Heldsführer“ die Arbeiterschaft eines ganzen Werkes terrorisiert haben soll, und zweitens aus dem Widerspruch zwischen der amtlichen Meldung und der Mitteilung des „Oberschlesischen Wanderers“, Herr Göring beruht, daß der Generalkrieg „gegenstandslos“ geworden sei. Zur gleichen Zeit beschließt aber die Arbeiterschaft der Donnerstagsmordhütte, eines Riesenwerkes, sofort in den Ausstand zu treten!

Ende des Generalkriegs in Bremen.

Bremen, 29. April.

Wormanns Telegraphisches Bureau meldet: Der Vier-Ausstand fordert in einer Erklärung an die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen Bremens diese auf, die Arbeit am Mittwoch generalstreik in Bremen mit dem heutigen Tage für beendet zu erklären. Die Arbeiter haben in einer Versammlung beschlossen, die Arbeit Dienstag früh ebenfalls in diesem Sinne

wieder aufzunehmen. Die Straßenbahn verkehrt wieder auf allen Linien. Die Polizeistunde ist vom 29. 4. ab auf 10 Uhr abends festgesetzt. Tageszeitungen und Zeitschriften unterliegen der Vorzensur. Die Verbreitung von Flugblättern ist verboten, ebenso Umzüge und Versammlungen.

Die Regelung der Judenfrage.

Amsterdam, 29. April.

Die Internationale Sozialistische Konferenz nahm in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig folgende Resolution an: Die Internationale Sozialistische Konferenz erkennt den internationalen Charakter der Judenfrage an und fordert, daß in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht die Stellung der Juden auf folgender Grundlage international geregelt wird: 1. Vollständige Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern, gleiche Behandlung der jüdischen Bevölkerung bei dem Wiederaufbau der durch den Krieg heimgesuchten Gebiete, internationaler Schutz der Juden und aller anderen nationalen Minderheiten gegen physische Verfolgungen und wirtschaftliche Unterdrückung; 2. Gleichberechtigung der Juden bezüglich der Ein- und Auswanderungsfreiheit nach und aus allen Ländern; 3. Nationale Selbstverwaltung auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips und der nationalen Gleichberechtigung in den Städten, Provinzen und Gemeinden aller Länder, wohin die Juden in Mengen ziehen; 4. Anerkennung des Rechts des jüdischen Volkes, sich in Palästina eine nationale Heimat zu schaffen, und die Schaffung der hierzu notwendigen Bedingungen unter dem Schutze und der Kontrolle des Völkerbundes, der auch die Interessen der übrigen Bevölkerung des Landes gewährleisten muß; 5. Vertretung des jüdischen Volkes im Völkerbunde.

Der Generalkrieg in Jena ausgebrochen.

Jena, 29. April.

In Jena ist ein Generalkrieg als Protest gegen die Anwesenheit der Regierungstruppen ausgebrochen.

Obstruktion des Bürgertums.

Braunshweig, 29. April.

Die Entscheidung der Landesversammlung über die Bildung der neuen Regierung ist abermals vertagt worden, da bei Eröffnung der Sitzung wiederum nur die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien zugegen waren.

Arbeiterwahl in Lübeck.

Aus Lübeck erfahren die P. P. A.: Bei den Wahlen zum Arbeiterrat sind nach der vorläufigen Feststellung des Ergebnisses den Wehrheitssozialisten 44 Sitze, den kaufmännischen Angestellten 18, den Beamten 8, den Unabhängigen 9, den Kommunisten 3 Sitze zugefallen.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Hamburg, 29. April.

Der am 23. April über Hamburg, Altona und Wandsbek verhängte Belagerungszustand wird am 30. April aufgehoben.

Wozu geschieht das?

Von durchaus zuverlässiger Seite wird uns mitgeteilt, daß ein Teil der Regierungstruppen am 1. Mai in Zivil ziehen und sich unter die Verformten mischen werden. Den geladenen Revolver werden die Betroffenen bei sich haben.

Man wird diese Nachricht beachten müssen, falls sich am 1. Mai Zwischenfälle ereignen sollten.

Außerdem ist geplant, die Truppen in Marschbereitschaft zu halten. Außerhalb Berlins verweilende Truppen werden zurückgerufen.

Keine Regierungstruppen, also Ruhe.

In einer Meldung des „5 Uhr-Abendblatt“ aus Gleiwitz vom 29. April heißt es: In Gleiwitz ist die Ruhe nicht wieder gestört worden, da die Regierungstruppen von allen öffentlichen Plätzen zurückgezogen worden sind.

Die Wahrheit über die „Professorenweisheit“.

Von Prof. Dr. C. Ballod.

Die nachfolgenden Ausführungen von Prof. Ballod geben wir wieder, obwohl es wohl kaum die Absicht des Genossen Dr. Moses war, das Professorentum als Gesamtheit für verachtet und lieblosenerisch zu erklären. Was Professor Ballod aber sonst über unsere Ernährung während des Krieges sagt, ist auch heute noch außerordentlich lehrreich.

Die „Freiheit“ hat in ihrer Nr. 202 einen Artikel über „Professorenweisheit“ gebracht, der in der Form, wie er abgefaßt ist, und wie er auf den Leser wirken muß, unmöglich unumwunden bleiben kann. Schreiber dieses hält die heutige Zusammenkunft der deutschen Professorenschaft keineswegs für die bestmögliche oder ideale, sondern hält grundlegende Reformen in Bezug auf die Modalitäten bei den Berufungen und Ernennungen für notwendig. So verachtet ist das heutige Professorentum, als Ganges betrachtet, aber doch nicht, wie es Dr. Moses schildert; es steht in ihm wirklich nicht bloß Liebedienerei gegen die jeweiligen Machthabenden, sondern zugleich ein ungeheurer Vorrat an gediegenstem Wissen und hochfliegendstem Idealismus! Wäre das Professorentum in Danks und Vogen so bodenlos verkommen, wie es der Aufsatz „Professorenweisheit“ weismachen will, so ist nicht einzusehen, welchen Wert dann noch das Studium, ja alle Schulbildung überhaupt hätte; wir müßten uns beeilen, zum Analphabetentum, zum Standpunkt der Sottentotten und Botofuden zu gelangen! Dr. Moses scheint es nicht bekannt zu sein, daß sich allein unter den Mitgliedern der verflochtenen Sozialisierungs-Kommission vier unter dem Namen Regiment zu Professoren ernannte, sozialistisch gesinnte Vorkämpfer befanden, darunter zwei wohlbestallte Ordinarien, die alle ihre Ernennung wirklich nicht Lobhudeleien auf das verflochtene Regiment verdanken! Die Herr Krone hat das offene Bekenntnis zur Sozialdemokratie unter den Dozenten unmöglich gemacht; den Geist, die Gesinnung hat sie nicht töten können!

Wie steht es mit den von Dr. Moses zumeist angegriffenen Medizinern? Die Weidwiese, die Dr. M. für die liebedienersche, im Interesse der „Durchhaltungspolitik“ in der Presse von einer Anzahl von Medizinern geäußerten Gutachten ansieht, sind richtig. Aber so ganz fehlt es doch auch nicht an agentenartigen Gutachten. Dr. M. führt selbst wiederholt die Meinungsäußerungen von Rubner an. Wer ist denn Rubner? Doch ebenfalls einer der von Dr. M. in Grund und Boden verdammten Professoren, und zwar der vielleicht bedeutendste lebende deutsche Hygieniker! Rubners Urteil wiegt allein das von einem Dubend medizinischer Durchschnittskritiker auf! Wenn irgendwo das Wort ist, daß die Stimmungen gewogen und nicht ausgeht werden müssen, so ist das in der Wissenschaft. Und dann muß ich Dr. M. fragen: Kennt Dr. M. wirklich nicht die während des Krieges auch für wissenschaftliche Schriften erlassenen Rezensurverordnungen? Weist er wirklich nicht, daß alle Beiträge, auch für wissenschaftliche Zeitschriften, die sich unästhetisch über die Ernährungsfrage aussprechen, ihren Verfassern zurückgegeben wurden? Die Wirkungen der Rezensur erstrecken sich auch noch auf die erste Zeit nach der Revolution, November-Dezember 1918. Dr. M. konstruiert eine famose „communis opinio“ (gemeinsame Meinungsäußerung) deutscher Professoren, indem er die Meinungen der von der alten Bureaufürsorge zu Worte gelangenen Liebediener wiederholt. Hat Dr. M. wirklich, auch nach dem Zusammenbruch des alten Regiments, nicht erfahren, daß im Juni 1917 16 deutsche Professoren, und zwar ausgerechnet Korporal der deutschen medizinischen Wissenschaft, da sie nicht öffentlich schreiben durften, der Regierung eine unsanftemüßige abgemessene Denkschrift über die Wirkungen der Kriegsernährung überreichten, die in der Erklärung einleitete, daß der Durchschnittswert bei Ernährung der auf Grund der Lebensmittelarten möglichen Ernährung in 7-8 Monaten tot oder verblühen müßte? Daß der deutsche Arbeiter infolge der Unterernährung, nachdem er zuerst aus Patriotismus bei der Arbeit 20-30 Prozent seines Körpergewichtes abgeben hätte, nun nichts mehr zu verlieren hätte und mit seinen Verblühen sehr erheblich abfallen müßte! Auch heute beurteilen die Mahaben-

Den deutschen Chaleuten die Arbeiter-
massen bereits weit milder als die rechts-
sozialistische Presse; sie wissen, daß die
Arbeiter vielfach nicht mehr mitföhnen,
also nicht lediglich aus bösem Willen und infolge parta-
kistischer Verbeugung streifen. Uebriqens haben auch solche
Rechtler, die gealant haben, öffentlich aus patriotischen
Gründen, um das deutsche Volk zu beruhigen, rosige Be-
richte schreiben zu müssen, in den vertraulichen, ge-
heimrätlichen Sitzungen ihre Bedenken nicht unterdrücken
können, und medizinische Normen sind schroff rean die
entscheidende Bureaufkratzenmaxime: „Was ist denn dabei,
wenn mehr Menschen sterben? Es sterben Menschen vor der
Front, es müssen auch welche hinter der Front sterben!“ auf-
treten, ohne damit freilich etwas anderes zu erreichen,
als daß ihre pessimistischen Gutachten in die geheimen Ge-
heimräte verlesen wurden. Also: das, was Dr. M. den
Professoren zum Vorwurf macht, ist zu neuem Rechten dem
mit dem Militarismus verbundenen Bureaufkratismus zur
Last zu schreiben. Bedarf es noch weiterer Beweise?

Als der Krieg ausbrach, waren es eine Anzahl von
Nationalökonomern, Physiologen, Landwirtschaftswissenschaft-
lern, die sofort zu Beratungen zusammentraten über die
Frage, was mit Bezug auf die deutsche Volksernährung zu
tun sei, wenn der Krieg länger dauerte. Diesen Professoren-
beratungen entsprangen eine Reihe von kleineren und
größerem vertraulichen und nicht vertraulichen Denkschriften;
den persönlichen Vorstellungen einiger von ihnen an den
leitenden Stellen ist es zuzuschreiben, daß die bereits frei-
gegebene Ausfuhr von 1 Million Tonnen Zucker, die die
Zuckerindustriellen aus Gewinnucht gefordert und erlangt
hatten, wieder rückgängig gemacht wurde. Daß die Pro-
tationierung, ohne die Deutschland im Mai 1915 vor
dem Parismus auf den Knien gelegen hätte, und im
Anschluß daran alle weiteren Notionierungen auf die Er-
wirkung dieser Professorenberatungen zurückgehen, ist Dr.
Moses offenbar unbekannt, wie ihm auch die veröffent-
lichten Denkschriften der geschmähten Professoren un-
bekannt zu sein scheinen (z. B. das von 15 Wissenschaftlern
verfaßte, von Eybächer herausgegebene Buch „Die deutsche
Volksernährung und der englische Ausbungerungsplan“, die
Denkschrift von Buntz und Kuzynski in Mads' Allgem.
Statist. Archiv 1915, meine Schriften „Die deutsche Volks-
ernährung im Krieg und Frieden“, „Die deutsche Volksernäh-
rung im ersten und zweiten Kriegsjahr“ [Schmollers Jahr-
buch 1915 und 1916], in denen ich im Gegensatz zu den auch
von Dr. Moses bekämpften Optimisten den Nachweis zu
führen suchte, daß das deutsche Volk auch im Frieden durch-
aus nicht übernährt war und, daß günstige Ernährung und
günstige Lebensdauer Hand in Hand gehen). In den ge-
nannten Denkschriften war u. a. unter Hinweis auf die
große Futtermittelnzufuhr (ca. 8 Millionen Tonnen) vor
dem Kriege die Einschränkung der Viehhaltung gefordert
worden; es war auseinandergesetzt, daß das Tier etwa
60 Prozent der Nahrung, die es empfängt, für die bloße
Erhaltung seines Körpers braucht, nur aus dem Ueberschuß
Fleisch und Fleischzuwachs produzieren könne. Fehlte also
der Ueberschuß, so mußte entweder der Bestand der Tiere
und damit die Milch- und Fleischproduktion auf etwa
1/3 verringert werden oder aber — es könnten alle Tiere
erhalten und dann die Milch- und Fleischproduktion auf ein
Minimum herabgesetzt werden. Insbesondere war darauf
hingewiesen, daß das Schwein in Bezug auf die Ernährung
ein Konkurrent des Menschen sei, da es dieselben Nahrungs-
mittel, Getreide und Kartoffeln, verzehre, die der Mensch
direkt essen könne. Die Gefahr einer im Verhältnis zu den
vorhandenen Futtermitteln zu hohen Schweinehaltung war
mit der physiologischen Tatsache begründet, daß das Schwein
mindestens 5 bis 6 Pfund Getreide oder 20 Pfund Kar-
toffeln verzehren muß, um ein Pfund Fleisch zu produzieren,
ein Pfund Fleisch aber nicht mehr Nährwerte enthält als
5 Pfund Getreide oder 3—3 1/2 Pfund Kartoffeln.

Also, wurde geschlossen, sei es in Zeiten der Knappheit
geboten, daß der Mensch sich einer mehr pflanzlichen Er-
nährungsweise anpasse. Darob großes Outageal in der
agrariischen Presse, das sich zum Paroxysmus steigerte, als
durch verschlehte Maßnahmen von Bureaufkraten beim Einkauf
und Einlagerung von Fleisch einige tausend Zentner
Schweinefleisch und im Frühjahr 1915 vielleicht 1/2 Million
Tonnen Kartoffeln verfault waren. Hochgeborene Grafen
schwindelten von einer durch unwissende Professoren herbei-
geführten „Bartholomäusnacht der braven
Vorkentiere“ und fast die gesamte bürgerliche und
sogar die sozialistische Presse ließ sich von dem Outageal
ihrer erbitterten Gegner faszinieren und stimmte ein in
die Verdammung der „Schweineprofessoren“, hielt die Er-
haltung einer hohen Viehstandes für geboten. So hatte die
Unkenntnis bzw. die Ignorierung des Abes der Physiologie
bürgerliche Liberale und Sozialisten zu gemeinsamer Döse
mit den Agrariern gegen die besten Freunde des Volkes ver-
eint und zum ruere in servitium (Sturz in die Sklaverei)
einer horten und ignoranten Bureaufkratie reis gemacht!
Die Geheimräte, dieselben Geheimräte, die Deutschland zum
Trop aller professoralen Denkschriften und
Warnungen ohne jedwede wirtschaftliche Vorbereitung
in den furchtbaren Krieg hatten hineinstopfen lassen, konn-
ten triumphieren, sie hatten keine Konkurrenz mehr zu be-
sorgen und konnten nun das deutsche Volk wie in einen
Schraubstock fassen, mit patriotischen Gründen hungern
lassen.

Was soll ich noch erzählen? Im November 1914 gingen
die deutschen Munitionsvorräte, die der hochweise, unfehl-
bare deutsche Generalstab für überaus genügend gehalten
hatte, zu Ende. Deutschland hätte vor dem damals barba-
rischen politischen System, vor dem zaristischen Rußland
kapitulieren müssen. Da war es der deutsche Chemie-
professor, der die Lage rettete. Der Chemieprofessor
zeigte, wie das Salpeter für die Sprengstoffe, das vorher
aus dem jetzt von der Entente gepeinigten Chile herangehört
worden war, im Inlande erzeugt werden konnte. Der
deutsche Chemiker wollte aber nicht nur die Kriegsführung
retten, er wies nach, wie man mit verhältnismäßig geringen
Aufkosten im Inlande den für die Düngung der Acker not-
wendigen Stickstoff gewinnen konnte. Aber — für die Ge-
winnung des Stickstoffs mußten große Fabrikanlagen er-
richtet werden, für die das so herrlich für die Volkswirt-
schaft sorgende private Unternehmertum kein Geld her-
gab. Und der Herr Landwirtschaftsminister v. Schorlemer,
dem die überleitenden Professoren die Notwendigkeit der Grün-
dung von Stickstoffwerken auf Staatskosten auseinand-
setzten, hatte für sie nur die höhnische Gegenfrage:

welche Garantie können Sie denn geben, daß die Stickstoff-
werke sich auch nach im Frieden verzinsen werden? So wur-
den denn Stickstoffwerke nur für den Heeresbedarf errichtet,
die Landwirtschaft mußte ihren Stickstoffverbrauch, anstatt
ihn zwecks Wehrerzeugung von Getreide und Kartoffeln im
Inlande zu erhöhen, auf ein Drittel einschränken! Das Volk
— die Kanaille konnte hungern... Leider, nur ging über
dieser unmenschlichen Theorie unserer allweisen Bureauf-
kraten der Weltkrieg verloren.

Wie war es denn mit dem uneingeschränkten
U-Boot-Krieg, der uns den Krieg mit Amerika und damit
den End-Zusammenbruch brachte? Waren daran profes-
sorale Gutachter schuld? Das Reichs-Marineamt hatte sich
in einen längeren Dozenten verfahren, der aus Karriere-
süchtigen dafür nötig war, in der Handfische oder waren es
die Herren Seeoffiziere, die, mit recht mangelhaften volks-
wirtschaftlichen und technischen Kenntnissen behaftet, uns ihn
ausfanden. Ältere Professoren der Nationalökonomie haben
in Denkschriften aufs entschiedenste vor dem Bruch mit
Amerika gewarnt. Daß es doch dazu kam, verdanken wir
dem frisch-fröhlichen Sinn Wilhelm II., dem aus Karriere-
rücksichten Minister wie Helfferich, das sacrificio del
intelletto (Opfer der eigenen Einsicht) brachten... Gewiß
ist von einigen alldeutschen Geschichtsprofessoren viel
gesündigt... Wir dürfen nur nicht vergessen, daß es auch
sehr vorlichtige, durchaus nicht in die Surreströmung ein-
stimmende Geschichtsprofessoren gab — darunter gerade die
besten, z. B. Delbrück.

Um zusammenzufassen: an Deutschlands Unglück und
am Verlust des Weltkriegs sind wirklich nur zu einem kleinen
Teil Professoren schuld — wohl aber das Stimmertum und
die Günstlingswirtschaft der Bureaufkratie, derselben Bureauf-
kratie, der sich willig die Regierung Ebert-Scheidemann
beugt...

Auswüchse oder System?

Der „Vorwärts“ sieht sich in der Dienstagmorgenausgabe ge-
nötigt zuzugeben, daß er über die Vorgänge in Stettin auf Grund
der amtlichen Meldungen seine Leser falsch unterrichtet hat. In
Verantwortung seiner Schuld wendet er dann einen ganzen Leit-
artikel daran, um nachzuweisen, daß es sich in Stettin nicht um
das System der Freiwilligen Garde handele, sondern lediglich um
einen Auswuchs, gegen den die Regierung vorgehen müsse. So
erfreulich es ist, daß das Blatt es endlich aufnimmt, alles zu be-
schönigen, was von den Weissen Garde ausgeht, so ist doch die
Besserung noch nicht vollkommen genug. Es handelt sich hier wie
in unzähligen Fällen nicht nur um Auswüchse, sondern es ist da
sogar ein System der Weissen Garde, auf die sich die Regierung stützt;
das immer wieder zu Zusammenstößen führen muß, das nicht die
Ordnung herstellt, sondern die Bevölkerung beunruhigt, die Ar-
beitererschaft aufreizt und die Gegenrevolution zu immer neuen
Taten aufmuntert. In der vorigen Woche hat es der „Vorwärts“
schon bezogen müssen — allerdings nicht im redaktionellen Teil,
sondern auf einer Inseratenseite, wo, wie man sich erinnern wird,
der freierer Schenk von Schweinsberg ausführlich dar-
legte, daß die Freiwilligen-Verbände, diese zusammenge-
würfelten Söldnerheere, keinen Schutz für die Revolution bilden
können, — daß es eine Selbsttäuschung sei, sich auf dieses Militär-
system zu verlassen.

In einer andern Stelle der gleichen Ausgabe beklagt sich
dann noch das Blatt darüber, daß wir es der verlogenen Verlich-
terung begünstigt hätten und es respektiert sich dahin, daß wir
damit „ein ebenso schmutziges, wie durchsichtiges Konkurrenten-
manöver“ begangen hätten. Lassen wir, um die Klagen des
Blattes zu stillen, noch einmal kurz die Tatsachen sprechen, um die
es sich jetzt handelt:

Der „Vorwärts“ hat aus Stettin die amtlichen Meldungen
wiedergegeben, die, wie im Falle Pilsenerberg, ein Gemisch von
Lüge und Entstellung enthielten. Wohl hat er einige Vorbehalte
gemacht, die besanden aber lediglich darin, daß er kaum glauben
wollte, daß wirkliche Regierungsdahänger diese Tat begangen
haben sollten, sondern daß zu vermuten sei, daß Provolatüre
der Gegenseite am Werk waren.

Aus dem amtlichen Bericht des Staatskommissars für für
Oberschlesien über die Ursachen des dort ausgebrochenen
Streiks hat der „Vorw.“ gerade die Stelle unterschlagen, die ent-
scheidend für die Beurteilung der Ursachen der Bewegung war. Die
Arbeiter Oberschlesiens streikten vor allem deshalb, weil sie die so-
fortige Aufhebung der Freiwilligen-Verbände und des Belage-
rungszustandes forderten und außerdem die Beseitigung des stände-
losen Zustandes, daß die Weissen Garde von den Werkleitungen
bezahlt werden. Der „Vorwärts“, der noch kein Wort dazu gesagt
hat, daß für die Notlegarden von den Großindustriellen Milien-
summen gesammelt und abgeführt worden sind, hat es darum auch
nicht für nötig gehalten, die Bezahlung des Grenzschutzes, der
lediglich im Interesse der Unternehmer zur Wiederhaltung der Ar-
beiter aufgeboren wird, durch die Werkleitungen mitzuteilen.

Auch aus den Berichten über die Verlesung des Reichs-
verbandes Oßichau hat der „Vorwärts“ das wichtigste
herausgelassen, nämlich die Aufrufe seines Parteigenossen Heine
und des ihm befreundeten Zentrumführers Dr. Pfeiffer zur
Revande. Wohl hat er nachträglich am Montagabend sich dagegen
verwahrt, daß die Sozialdemokratie mit dem Revandegedanken
etwas zu tun haben solle, er hat aber auch hierbei verschwiegen,
daß Heines Gedankengänge mit denen des Zentrumsmannes
durchaus übereinstimmen, daß also ein Rechtssozialist ebenso gut
den Revandegedanken propagiert hat, wie der Vertreter der Zen-
trumspartei.

Das billige Gerede von Konkurrentenmanöver wird und nicht
dabei abhalten, — soweit es notwendig ist, nicht aber darüber
hinweg, — seinen Arbeitern mitzutellen, welche Informations-
quelle sie an dem „Vorwärts“ besitzen.

Was Offiziere denken.

Von sehr zuverlässiger Seite erhalten wir Mitteilung über
ein Gespräch, das ein Gymnasialprofessor mit mehreren Offi-
zieren führte und das wir wiedergeben, weil es für die Stim-
mung in diesen Offizierskreisen, die uns auch aus anderen Mit-
teilungen bekannt ist, recht bezeichnend ist. Professor S. hatte
neulich auf der Rückkehr von einer Fahrt mit mehreren Offizieren,
darunter einem Obersten, zusammen, die sich in ganz rückhalt-
loser Weise ihm gegenüber, den sie nicht kannten, äußerten.
Danach rechnen diese Leute in nächster Zeit mit dem Sturz
der gegenwärtigen Regierung und der Wahrschein-
lichkeit einer radikalere Regierung. Sie rechnen ferner damit,
daß diese neue Regierung die Freikorps sofort auflösen wird,
während aber diese Maßnahme nicht im mindesten, weil sie sich
vollkommen ihrer Macht sicher fühlen. Die Offiziere äußerten,
daß sie jetzt in den Freikorps jedes einzelnen Soldaten sicher

feien, daß die unflüchtigen Elemente längst ab-
gemergelt seien und daß die drohende Arbeitslosigkeit bei
Leuten bereits wieder einen Radetzkychoriam erregt
habe, wie er auch in Friedenszeiten nicht besser gewesen
habe. Auf die Frage von Prof. S., ob sie nicht die Gegenmaß-
nahmen der Arbeiterschaft, den Generalstreik,
fürchteten, antwortete der Oberst, auch auf diese Eventualität
sei alles vorbereitet, man habe bereits bestimmte Pläne,
welche Betriebe, wichtige Gebäude, Plätze usw. sofort zu beset-
zen seien. Außerdem habe man ja die Bürgerwehren, die
sehr sorgfältig geübt, sowie die Wauern und Gassen-
besitzer und die Banken mit ihren Geldmitteln schon
längst hinter sich. Auf Rodde, dem man noch den Worten eines
Offiziers nicht banal genug sein könne, rechte man sofort
mit Sicherheit.

Den Kaiser beabsichtige man nicht zurückzurufen, und
der Kronprinz sei unmöglich, aber man denke in den Kreisen
ernsthaft an eine Art Reichswehr, bis der geis-
tliche Mann gefunden sei.

Dasselbe Bild über die Zustände in den Freikorps
Prof. S. aus einem Brief erhalten, den ihm sein Schwager
schrieb, der selbst auf dem Boden der Militärpartei stehen, ein
Artilleriehauptmann in Polen steht und ihm versicherte, er sei
seiner Truppen absolut sicher. Im übrigen rechnen diese Leute
bereits mit blutigen Zusammenstößen, sie äußerten
sich zu Prof. S. in dem Sinne, daß man ihnen
einige Tausend Unabhängige und Kommunisten erziehen
werde, aber das werde die Arbeiter so einschüchtern,
daß sie von jedem weiteren Widerstand ablassen
würden...

Beruhigung oder Beunruhigung?

Der „Deutschen Tageszeitung“ entragt sich der
Stoßfänger über die „offizielle Entengucht“. Das Blatt zählt oben
aus der vorigen Woche sechs Fälle von Fallschirmelungen
auf, die durch das Wolffsche Bureau verbreitet worden sind, be-
ruht unter auch die Lügenberichte aus Stettin. Die Aufzählung der
agrariischen Blattes ist nicht vollständig; so vergißt es allein
die Fallschirmelungen, die über die Lage in München, die Vorgänge
in Bremen, die Ereignisse an ost den Orten verbreitet worden sind.
wo der innerdeutsche Krieg wütet. Es ist erfreulich, daß die
„Deutsche Tageszeitung“ sich an der Reinigung des öffentlichen
Lebens von Lüg und Trug beteiligen will; nur hätte sie schon
früher damit beginnen sollen, besonders während des Krieges, wo
die ganze offizielle Berichterstattung — unter dem Vorwand der
„Deutschen Tageszeitung“ nichts anderes als eine bewußte Ver-
fälschung der Öffentlichkeit war.

Gerade wird zu diesem Thema wieder ein großer Beitrag
geliefert. In Nürnberg hat das Generalkommando, weil wir
doch im Zeichen der Pressefreiheit und der unbeschränkten
Meinungsfreiheit leben, das Erscheinen des liberalen „Pro-
letarischen Kuriers“ und der Kommunistenblätter „Kritik
Führer“ und „Freier Arbeiter“ bis auf weiteres ver-
boten. Nach der von der Telegraphen-Anstalt wiederangebrachten
Bekanntmachung des Generalkommandos ist das Verbot, um
eine weitere Beunruhigung der Volksgenossen“ herbeizuführen,
und das Wolffsche Bureau meldet, daß das Verbot erlassen zu
werden. „um eine weitere Beunruhigung der Volksgenossen zu
verhindern.“ Auf die „Volksgenossen“ hat diese neue Verbot
aber gar nicht beruhigend gewirkt, denn der „Proletarische Kurier“
erhebt wütenden Protest gegen das Verbot, und selbst der „Kritik-
Führer“ meint: „Man sollte bei derartigen Verboten sehr genau
eine höhere Beunruhigung herbeizuführen wird.“

Nebrigens wird auch andernorts durch die Anhebung der
Preise an der Beunruhigung der „Volksgenossen“ gearbeitet. Dem
Verbot der „Unabhängigen Volkzeitung“ in Dresden und der
„Volkzeitung“ in Borna, zwei Organen der Unabhängigen
Sozialdemokratie, wurde von der Dresdener Polizeidirektion mit-
geteilt, daß ihre Inhalt seit mehreren Tagen „gegen die Verpflich-
tungen verstößt, die der Belagerungszustand ihnen auferlegt.“ Die
Dresdener werden verwahrt und darauf hingewiesen, daß
eine Fortführung der gekennzeichneten Schreibweise der Polizi-
direktion die Verpflichtung auferlegen würde, schärfere
Maßnahmen zu verfügen.

Also geschähen am Sibe einer sozialdemokratischen
Regierung, vertritt sich einer rechtssozialistischen, und von
einer Polizeidirektion, die unter der Aufsicht eines rechtssozia-
listischen Parteisekretärs steht!

Zum Prozeß Ledebour.

In der Mitteilung einer Lokalkorrespondenz wird
geschrieben: Eine offenbar offizielle Lokalkorrespondenz brachte
gestern Mitteilungen über den demnächst beginnenden Prozeß
gegen Ledebour und Däumig. Dabei wird gesagt, daß die Sa-
nktion auf die Tatsache führt, daß Ledebour die Befehle des
Reichsgerichts geleitet habe. Das ist eine freie Er-
findung derjenigen, die diese Notiz inspiriert haben. Ein-
solche Tatsache wird nicht einmal in der Anklage-
schrift behauptet, inel auch keinen Grund in irgend
welchen Feststellungen der Voruntersuchung. Die ganze Notiz
soll offenbar nur Stimmung gegen Ledebour
machen.

Verbot der Republik aufgehoben.

Das Wiedererscheinen der „Republik“ ist jetzt gestattet wor-
den. Aber noch immer weiß die Censur nicht, weshalb das
Verbot überhaupt ausgesprochen war. Pressefreiheit!

Die Nationalversammlung.

Weimar, 29. April.
Die nächste Plenarsitzung der Nationalversammlung findet
in Weimar statt, und zwar am Dienstag, den 6. Mai,
nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Inter-
pellation über Beamtenfragen.

Pa amerikanischer Sozialistenkongreß.

Buenos Aires, 20. April. (Sonab.)
Der panamerikanische Sozialistenkongreß ist eröffnet wor-
den. Die Delegationen Perus, Boliviens und Chiles schloßen
vor die Frage des Stillen Ozeans dem Sozialistenkongreß
des Völkerbundes zu unterbreiten.

Freigabe des schweizerischen Handels.

Bern, 20. April.
Die Schweizerische Debesen-Agentur in Detmold: Die
Kontingentierung der Ein- und Durchfuhr von
Waren, ausgenommen Reichsmaterial, aus den Untertanen

Die Arbeit ist durch Beschluss der Obersten Volkskommission
aufgehoben worden. Der Beschluss trat bereits am 20. April
in Kraft. Die Waren müssen aber, sofern sie auf der S. S. S.
besitzen, der S. S. S. angegriffen werden.

Zwei lehrreiche Reden.

So spricht Moske

Der Reichswehrminister Moske hat kürzlich in Dan-
zig im Streite seiner Getreuen eine Rede gehalten, aus der
in der folgenden Freileiherausgabe berichtet wird:

Das Verlangen einer Wiederherstellung der Geschäfte des
Landes zu übertragen, müssen wir ablehnen. Vor allen Dingen
müssen wir nicht latenten Gefahren, wenn eine noch geringere
Wiederherstellung als die Unabhängigkeit, die weit links von den Un-
abhängigen liegen, uns den Schädel einschlagen
wollt. Wir müssen aufgedrungen eine Sicherung schaffen, daß
keine nicht an unsere Schicksale heranrücken, Glauben Sie mir,
wie sind die Stunden nicht leicht geworden, in denen ich mich
entschieden mußte, Standrecht und andere Dinge zu verhängen.
Ich habe mir meine Tätigkeit besser und anders gedacht, als in
den Straßen gegen die eigenen Volksgenossen Maschinengewehre
und Minenwerfer aufzuführen zu lassen. Unsere Parteigenossen
müssen den Mut haben, in den Betrieben dem Treiben einer
Wiederherstellung entgegenzutreten.

Wird der Versuch gemacht, Terror auszuüben, nun gut,
dann zu einem Knäuel gegriffen und sich
zur Wehr gesetzt, das ist doch einfacher, als wenn ich
eines Tages Soldaten herabsenden muß. Unsere Leute
müssen nur Courage haben, dann können sie sich
terroristischen Gefahren zur Wehr setzen.

Es ist politische Rücksichtslosigkeit, wenn ich aus lauter An-
hängigkeit aus Betrieben herausgehe, weil dort eine Anzahl
von Terroristen das große Wort führen.

Ich werde für meinen Teil in den Staatsbetrieben dafür
sorgen, daß solchen terroristischen Treibern ein
Ende gemacht wird, soweit mein Arm dazu reicht. Das sind
Männer, die mich natürlich nicht zum Ziel einer Anzahl Leute
machen. Ich sage mir aber immer wieder, einer muß den
anderen Dreck austricksen, da sich vorläufig kein
anderer merkt, sehe ich nicht ein, warum ich nicht den Versuch
machen sollte, auszumitteln, soweit es möglich ist. Das
werde ich befolgen, solange ich auf meinem Platz stehe.

Konflikte werden durchgesehen werden, weil sie durch-
gesehen werden müssen. Ich gehe nicht vorsicht, daß
ich vor jedem Arbeiterrat in die Knie breche,
sondern aus verschiedenen Betrieben, wo Terrorid-
mus geübt worden ist, wie man sich ihn niedriger und scham-
loser nicht denken kann, habe ich in den letzten Tagen
solche Betriebsräte entfernen lassen und der
Drohung mit Strafe sehe ich mit lächler Ge-
lassenheit entgegen.

Wenn die Danziger Wehr nicht intensiv arbeitet, bleibt sie
mit ihrer Produktion einfach liegen, weil sie anders als zu Welt-
kriegszeiten nichts abgeben kann. Also in den Werk-
stätten acht Stunden intensiv gearbeitet! Nach
der Arbeit in Versammlungen, da mögen die Herren reden, was
sie wollen.

Die Staatsbetriebe aber zum Zummel-
platz zu machen für Agitationen gegen die
Regierung, ist ein Übel, den ich mir unter
keinen Umständen gefallen lassen werde.
Solange ich etwas zu sagen habe, räume ich
damit auf.

Auch hier wird dafür Sorge getragen werden, daß
Leute, die den Versuch machen, in Staatsbetrieben in
terroristischer Art ihren Willen der Mehr-
heit aufzudrängen, herausgebracht werden.
Wir wollen nicht in Folge von Schafgebild und zum Prägeln
in einer politischen Wiederherstellung machen lassen, einer
Wiederherstellung, die sich erst auf politischem Gebiet die Sporen
erwerben muß.

So spricht ein Sozialdemokrat:

Der Genosse Dr. Julius Deutsch, Staatssekretär
für das Militärwesen in Oesterreich, hat vor der
Volksversammlung der Soldatenräte der Volkswehr in Wien
eine Rede gehalten, deren Inhalt wert ist, der deutschen
Arbeiterklasse mitzuteilen zu werden. Deutsch sagte:

Die Volkswehr muß durchdrungen sein von dem Geiste der
Solidarität mit der Arbeiterklasse.

Jeder Mann muß sich als Proletarier im Waffen-
rod fühlen. Die Politik der Volkswehr darf nur eine Politik
der Arbeiterklasse sein. Und so entschieden sie jeder
Soldatenpolitik entgegenstellen muß, so entschieden muß sie auch
jeder Arbeiterpolitik entgegenstellen und voll bewußt sein der
Zusammengehörigkeit mit dem gesamten Pro-
letariat im Reich. Unsere Politik hat es bisher vermocht,
die Arbeiterkämpfe im Lande zu vermeiden. Mit blutendem Herzen
werden wir des Vernichtungskampfes unserer Brüder im Deut-
schen Reich gewahrt. Das Blut, das in den deutschen Staaten
fließt, ist Arbeiterblut. Blut aus den Adern des deutschen
Proletariats. Das Niederdrücken dieser Kämpfe, die Berge
von Leiden der erschlagenen Männer, Frauen und Kinder, die
sich in allen Städten aufhäufen, sind aber nicht allein die Blut-
weber, sondern die Erkenntnis, daß sich aus diesen Kämpfen der
Arbeiter gegeneinander die Reaktion erhebt, erhardt,
Kampf gewinnt, um dann das Proletariat zu erwürgen. In dieser
ersten Stunde rufe ich Ihr Vertrauen wach. Vielleicht
werden Sie sich einfinden, wenn für uns der Tag kommt, meiner
Worte erinnern und erkennen, daß unser Wirken besetzt und
durchdrungen war von dem festen Willen und von der heiligen
Unerschrockenheit, die Revolution zu behaupten und sie
zum Siege des Proletariats zu führen.

Sitzung des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat hielt am 20. April eine Sitzung ab, in
welcher zu den in nächster Zeit vorzunehmenden Arbeit-
sachen die Stellung genommen wurde. Mit dieser Frage
hatte sich bereits eine Sitzung beschäftigt. Die Diskussionen wurden
beauftragt, je einen Entwurf anzubereiten. Nach längerer Dis-
kussion wurde eine Vorlage angenommen, die als erster Schritt
zur Erstellung aller Wahlberechtigten angesehen werden kann.
Diese angenommene Vorlage ist in Form eines Auftrages der
Weise zur Veröffentlichung übergeben worden.

Im Anschluß hieran hatte sich der Vollzugsrat mit den
Richtlinien für die Aufgaben und das Tätigkeitsgebiet der
besonders Berliner und städtischen Betrieben und Verwaltungs-

behörden gewählten Arbeiterräte beschäftigt. Diese Richtlinien sind
gemeinsam mit den Vollzugsmitgliedern der Stadt Berlin, der
Arbeitsgemeinschaft und dem kommunalen Ausschuss des Voll-
zugsrates ausgearbeitet worden. Es wurde folgendes festgelegt:

Die Arbeiterräte aller Arbeiterkreise der Angestellten,
Arbeiter, Beamten, Hilfskräfte und Lehret der Stadt Berlin
hat den Zweck und die Aufgabe, die in der Arbeitsgemeinschaft
zusammengeschlossenen Arbeiterräte der Stadt Berlin zu einheit-
licher Tätigkeit zusammenzufassen und die Kontrolle und Über-
wachung in folgender Weise auszuüben:

1. Die Arbeiterräte haben das Recht, die Betriebe und Ver-
waltungsstellen zu überwachen und zu kontrollieren. Diffe-
renzen werden, falls sie nicht von dem zuständigen Arbeiterrat
erledigt werden können, zunächst von dem Vorstand der Arbeits-
gemeinschaft geprüft. Erfolgt keine Einigung, so muß der kom-
munale Arbeiterrat von Berlin, bestehend aus dem kommunalen
Ausschuss des Vollzugsrates und aus den Vollzugsmitgliedern an-
gerufen werden. Die endgültige Entscheidung trifft der Voll-
zugsrat.

2. Das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht
der Arbeiterräte bezieht sich auch auf alle die Arbeitnehmer be-
treffenden Fragen.

3. Der Arbeiterräte liegt es ob, Vorschläge zur
Förderung und Steigerung der Leistungsfähigkeit wie auch zur
Vereinfachung und Demokratisierung des Verwaltungsappa-
rates dem kommunalen Arbeiterrat von Berlin zu unterbreiten,
der sie gemeinsam mit den städtischen Behörden zur Durchfüh-
rung zu bringen hat.

Von dem Geschäftsführer eines größeren Hotels wurde der
Vollzugsrat um eine Entscheidung nachgefragt, wie sich die Hotel-
angestellten am 1. Mai zur Arbeitstrube zu verhalten hätten
folgender Beschluß wurde einstimmig angenommen:

„Die Angestellten der Berliner Hotels dürfen am 1. Mai
nur soweit ihrer Beschäftigung nachgehen, wie es zur Verpfle-
gung der von auswärts zugeressenen Hotelgäste unbedingt not-
wendig ist.“

Entsprechend eines Antrages des Arbeiterrates in Neufahr-
n wurde beschlossen, sofort die zuständigen Stellen zu veranlassen,
daß alle aus politischen Gründen Inhaftierten un-
verzüglich entlassen werden müssen.

Wolffender Antrag, der ebenfalls vom Arbeiterrat in Neu-
fahrn dem Vollzugsrat zur Erledigung vorgelegt wurde, wird als
Gegenstand der Beratung der am Sonntag, den 2. Mai statt-
findenden Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte über-
wiesen:

„Die am 20. April 1919 tagende Vollversammlung des kom-
munalen Arbeiterrates Neufahrn stellt folgenden Antrag an den
Vollzugsrat Berlin, die Regierung aufzufordern, den Belage-
rungszustand sofort aufzuheben, und bei Weigerung der
Regierung sofort eine Volksversammlung der Berliner Betriebs-
Arbeiterräte und kommunalen Arbeiterräte einzuberufen, und
dort den Belagerungszustand als aufgehoben zu
erklären, und gegebenenfalls mit allen zu Gebote stehenden
Mitteln den Beschluß durchzuführen.“

An das werktätige Volk Groß-Berlins. Neuwahlen der Arbeiterräte.

Zur Neuordnung und zum Wiederaufbau unseres
Staats- und Wirtschaftslebens ist die Mitarbeit der gesam-
ten werktätigen Bevölkerung notwendig. Durch die Organi-
sation der Arbeiterräte hat uns die Revolution das Mittel
zu diesem Wiederaufbau geschaffen. Um einen Ausbau der
Kategorieorganisation vorzunehmen, und dieser ein besseres Fun-
dament zu geben, müssen Neuwahlen der gesamten Arbeit-
erräte stattfinden.

Das Wahlrecht.

Wahlberechtigt sind ohne Unterschied des Ge-
schlechts alle über 18 Jahre alten Hand- und Kopfarbeiter,
die ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich-
notwendige und nützliche Arbeit leisten, und dadurch ihren
Lebensunterhalt erwerben.

Dieserjenige Personen, die zum Erwerb ihres Lebens-
unterhaltes eine beschränkte Anzahl von Hilfskräften
brauchen — wie: Kerate, Kränzenzärzte, Apothe-
ker, Christkeller, Juristen, Künstler usw. —
sind wahlberechtigt, desgleichen auch Kleinverwer-
tende und Handwerker, soweit sie nicht stän-
dig fremde Arbeitskräfte beschäftigen.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Per-
sonen, die im Besitz von Produktionsmitteln sind, diese im
eigenen Interesse ausnützen und ständig durch fremde Ar-
beitskräfte bedienen lassen. Ferner Personen, die einen
privatkapitalistischen Betrieb oder eine Anstalt pachtweise auf-
recht erhalten und ständig fremde Arbeitskräfte beschäftigen.
Desgleichen auch solche, die von Grundrente oder arbeits-
losem Kapitaleinkommen leben, sowie die durch Tantime
und dergl. am Unternehmensgewinn beteiligten Direktoren,
Prokuristen usw.

Die Wahlen der Arbeiterräte erfolgen nach den
Grundsätzen der Verhältniswahl und nach
Berufen und Betrieben. Großbetriebe bilden selb-
ständige Wahlkörper, während Mittel- und Kleinbetriebe
zu Wahlkörpern zusammengelagert werden. Freie Berufe, so-
wie Berufsgruppen, die nicht in geschlossenen Betrieben mit
mehreren Personen zusammenarbeiten, bilden Wahlkörper
nach Berufen.

Die Arbeiterschaft sowie alle Wahl-
berechtigten werden aufgefordert, sofort
zur Neuwahl der Arbeiterräte Stellung
zu nehmen.

Dieserjenige Organisationen oder Be-
rufsvereinigungen, die bei der Bildung der
Wahlkörper mitwirken bzw. ihre Organi-
sation, als für die zuständigen Berufs-
gruppen geltenden Wahlkörper anerkannt
wissen wollen, müssen sofort einen dies-
bezüglichen Antrag dem Vollzugsrat unter-
breiten.

Für Angestellte in Privathaushal-
tungen, Hausfrauen, Arbeitslose und Invaliden werden
später besondere Bestimmungen bekanntgegeben.

Nähere Mitteilung über Erfassung der Wahlberechtigten
und über das Wahlreglement werden demnächst bekannt-
gegeben.

Der Vollzugsrat:

Rich. Müller. Fritz Brulat.

Die Umwälzung im Metallarbeiterverband

Am 27. April 1919 fand die Fortsetzung der außerordent-
lichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Ver-
bandes, Ortsverwaltung Berlin, vom 6. April statt. Zunächst
wurde die zurückgestellte Wahl des Kollegen Fische erledigt, der
als Angehöriger des Verbandes gewählt wurde. In der Wahl
einer Sekretaria wird gleichfalls Stellung genommen. Die beiden
von der Kommission vorgeschlagenen Kolleginnen Gertrud Kopp-
lin und Frieda Glöckler, werden zur Wahl gestellt. Die Gene-
ralversammlung gab weiter ihre Zustimmung, daß für die drei
ausgeschiedenen Bezirksleiter für Spandau, Siemensstadt und
Zehlendorf Neuwahlen stattfinden.

Es werden dann die an die Ortsverwaltung eingegangenen An-
träge erledigt. Ein Antrag des Kollegen Richard Müller,
welcher verlangt, daß auf dem Gewerkschaftskongress als dritter
Punkt der Tagesordnung „Arbeitsgemeinschaft oder
Räteystem“ gesetzt wird und als Korreferent der Genosse
Ernst Däumig gewonnen werden soll, fand Annahme. Ebenfalls
wurde dem Antrag des Kollegen Desselbach zugestimmt,
wonach der Vollzugsrat eine Konferenz sämtlicher Arbeiterräte
und Obleute der Groß-Berliner Metallindustrie einberufen soll,
um zu der beabsichtigten Sabotage der Unternehmerrstellung zu
nehmen. Nunmehr fand die nachfolgende Resolution Annahme:

„Die am 27. April in den „Kammerjäten“ tagende, von
ca. 4000 Vertrauensleuten besuchte Generalversammlung der
Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Ver-
bandes fordert die Regierung auf, die sofortige Frei-
lassung des Genossen Ledebour und aller
anderen aus politischen Gründen Inhaftierten anzu-
ordnen.“

Ferner fordern die Versammelten die sofortige Auf-
hebung des Belagerungszustandes und die Ent-
scheidung der freiwilligen Verbände aus Berlin.

Sie erklären ferner ein Zusammenarbeiten mit Angehörigen
der freiwilligen Streikbrecherformation abzulehnen und
fordern den Ausschluß aller den freiwilligen Verbänden und
Formationen Angehörigen aus unserer Organisation.“

Zu einem Antrag des Kollegen Neuwand wird be-
schlossen, daß die Generalversammlung vorab im Prinzip damit
einverstanden ist, wenn die Ortsverwaltung mit den zuständigen
Stellen über die Verfüzung der Arbeitszeit zu un-
tersuchen der Arbeitssachen verhandelt. Die Angelegenheit soll aber
auch über diese Frage in den nächsten Bezirksversammlungen ge-
sprochen und ein endgültiger Beschluß in der nächsten ordentlichen
Generalversammlung gefaßt werden.

Die Versammlung gibt weiter ihre Zustimmung zu der Ab-
sendung eines Telegramms an die ungarischen Ge-
nossen.

Für die am 25. Mai stattfindende Urwahl der Kandi-
daten zum Gewerkschaftskongress wurden 50 Kol-
legen und Kolleginnen vorgeschlagen.

Genosse Ruch gab dann den Bericht von der Verabschiedung
am 17. April in Stuttgart. Diese Verabschiedung hatte sich lebhaft
mit den inneren Unruhen in der Organisation zu beschäftigen.
Der Referent, Kollege Reichelt, sei auf die überall ausbreiten-
den Generalstreiks zu sprechen gekommen und habe erklärt, daß
diese nur den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens hin-
dern würden. Er und seine Freunde beschließen
keine Gegenrevolution von rechts, sondern eher
von links. Der Vorstand stellt sich weiter auf den Standpunkt,
daß überall da, wo Neuwahlen stattgefunden haben und die Kol-
legen nach dem politischen Glaubensbekenntnis getrennt worden sind
und sich weiter erklären wollten, ob sie auf dem Boden des Rätes-
systems stehen oder nicht, von ihm Kollegen zur Führung der Ge-
schäfte eingeleitet werden müssen. Als Neuwahlen wiederum statt-
gefunden haben. Der Vorstand glaubt in dem Vorgehen der ein-
zelnen Mitgliedschaften eine Verunsicherung unterdrückt
zu erblicken. Leider ist auch vorgeschlagen, daß einzelne Orts, wie
Danzau, Stuttgart usw. dem Hauptvorstand die Beiträge ge-
speert haben. Kollege Ruch vertritt ein derartiges Vorgehen,
da sich die Kollegen auf diese Art außerhalb der Organisation
stellen und die Opposition nur geschwächt wird. Weiter hat man
den Mitgliedern bisher sechs Wochen Zeit gelassen, damit sie ihren
Verpflichtungen nachkommen konnten.

Die beiden Bevollmächtigten, Kollegen Tack und Ruch,
sind in Stuttgart dieser Gewaltpolitik entgegengetreten und haben
den Hauptvorstand ermahnt, für die Einigkeit und Geschlossenheit
in den Reihen der Kollegen zu sorgen. Es muß vor allen Dingen
erst nachgeprüft werden, weshalb die einzelnen Orts Neuwahlen
vorgeworfen haben. Gelingt es nicht, die Einigkeit zu erreichen,
so muß eine Sitzung des erweiterten Beirats und dann eine
außerordentliche Verbandsgeneralversammlung stattfinden, die
dann Richtlinien für die Einigkeit und Geschlossenheit der Orga-
nisation aufstellen muß. Alle Vertreter stellen sich auf den Boden
der Gewaltpolitik. Kollege Reichelt erklärte uns, wenn es uns
nicht in letzter Minute gelingt, die Dinge zu unterbinden, dann
ist es besser, wenn wir unsere und ihr eure Mitglieder zukt. Es
bleibt dann nur noch der offene Kampf übrig, den wir
dann führen müssen.

Die Ortsverwaltung hat nun am Freitag zu diesen Dingen
Stellung genommen. Die Situation ist außerordentlich ernst. Wir
müssen vom Hauptvorstand die Einberufung einer
außerordentlichen Generalversammlung er-
zwingen und die dazu erforderlichen Unterweisungen in unse-
ren Reihen sammeln, damit diese außerordentliche Verbands-
generalversammlung zustandekommt. Nach einer längeren Dis-
kussion wurden folgende Anträge angenommen:

„Die Generalversammlung nimmt mit Entrüstung Kennt-
nis von den Plänen des Vorstandes und Beirats, die zur
Verengung der Organisation führen müssen. Sie gelobt mit
allen Mitteln diesen Schlag gegen die Organisation abzuweh-
ren. Die Ortsverwaltung wird ersucht, sofort die erforderlichen
Unterweisungen zu sammeln, die zur Einberufung einer außer-
ordentlichen Verbandsgeneralversammlung notwendig sind.“

„Zu der am 12. Mai stattfindenden Generalversammlung
der Ortsverwaltung Berlin ist der Hauptvorstand einzuladen,
um den Funktionären darüber Mitteilung zu geben, warum
Kollege Reichelt vorgenannte Neuerung getan hat.“

„Die am 27. April 1919 tagende Generalversammlung
fordert die Ortsverwaltung auf, unverzüglich dafür Sorge zu
tragen, daß das Protokoll der letzten Verabschiedung der Ber-
liner Mitgliedschaft zur Kenntnis gelangt.“

„Die Ferien- und Wechseltage für die Angestellten der
Ortsverwaltung soll innerhalb der Ortsverwaltung geregelt
werden.“

Kollege Ruch gab weiter bekannt, daß einzelne Kolle-
ktivverträge von den Branchen und auch von den Unterne-
hmeren gekündigt worden sind. Die Unternehmer haben die für die
Erneuerung notwendigen Verhandlungen bis jetzt in die Länge
gezogen. Sie scheinen allen Verhandlungen auf dem Wege zu
gehen. Wir wollen den Unternehmern von hier auf sagen, wenn
sie den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht nach-
kommen, dann müssen wir unsere Kollegen in den Branchen,
Gruppen empfehlen, erneut Stellung zu nehmen und mit befrich-
ten Lohnforderungen nochmals an die Unternehmer heranzutre-
ten. Wir dürfen uns von dem Verband der Metallindustriellen
nicht länger hindern lassen. Eine Hauptversammlung am
Dienstag, den 29. April, soll sich bereits damit befassen und dazu
Stellung nehmen. Wenn weiter die Unternehmer sich weigern,
die Tage zu bezahlen, wo die Arbeiter infolge der Angelegen-
heit nicht arbeiten konnten, dann müssen wir Mittel in Anwen-
dung bringen, die uns die Erfüllung unserer berechtigten Forde-
rung sichern!

Die Generalversammlung stimmt einstimmig dieser Auf-
fassung zu.

Gewerkschaftliches.

Stimmstand der Hochbahn am 1. Mai.

Gestern Abend um 8 Uhr hat in der Schulaula, Tempelhofer Park 2, eine Vollversammlung des Gesamtbetriebs der Hochbahn...

Nachdem die Bedeutung des 1. Mai eingehend erörtert war, erfolgte eine geheime Abstimmung; dieselbe ergab 512 Stimmen für die vollständige Ruhe des Betriebes am 1. Mai...

Maßnahmenbeschluss der Buchdrucker.

Die Organisation der Buchdrucker beschloß gemeinsam mit den Betriebsräten der Zeitungspersonale, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe vollständig zu feiern ist...

Die Zimmerer gegen den Schiedsspruch.

Die Zimmerer hielten am Montag in den „Brunnenfäden“ eine öffentliche Versammlung ab, die vom „Verein der Zimmerer Berlins“ einberufen war.

In der lebhaften Diskussion wandten sich sämtliche Redner gegen den gefällten Schiedsspruch. Während früher im Bauergewerbe die höchsten Löhne gezahlt wurden, ist jetzt das Gegenteil der Fall.

Angenommen wurde eine Resolution, die den Schiedsspruch ablehnt. Zum gegebenen Zeitpunkt soll eine Lohnbewegung einleiten. Der sofortige Abbau der Lebensmittelpreise wurde gefordert.

Tariffabschluss der Schuhmacher in der Schuhbranche.

Die in den Schuhfabrikbetrieben Groß-Berlins beschäftigten Schuhmacher nahmen am Montag in einer Versammlung den Bericht des Kollegen Ballmerhaus über die mit familiären Schuhmacher-Jünglingen zum Abschluss gekommenen Tarifverträge entgegen.

Der Streik in den Asfänger-Konditoreien beendet. Die Arbeit in den Asfänger-Konditoreien wurde gestern wieder aufgenommen. Es ist eine Vereinbarung erfolgt, nach welcher in der Hauptsache die tariflichen Bedingungen der Konditorenarbeiten eingehalten werden.

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Die Arbeiterchaft der Munitionsfabrik Spandau nahm in einer Betriebsversammlung eine Resolution an, in der sie protestiert gegen die in den Zeitungen gegen sie erhobenen Vorwürfe. Dann heißt es weiter: „Den händlichen Bemühungen des Arbeiterrats, Ausdrücke bzw. die Mittel zur Umhüllung des Betriebes zu erhalten, wurden seit den zuständigen Reichshöhen Hindernisse in den Weg gelegt.“

Wegen der Lohnzahlung siehe den Inseratenteil.

Subversivfabrik Spandau. Sonnabend, 3. Mai, 12 1/2 Uhr, Vorkonferenz in den Gewerken. Verbandsbücher mitbringen. Betriebsräte erscheinen um 10 Uhr zur Sitzung.

Kriegsbeschädigten-Vertrauensleute der N.-W. Nord, Spandau. Versammlung Freitag, den 2. Mai, vorm. 9 Uhr, alte Kantine.

Deutscher Händler-Verband. (Siehe Inserat.)

Groß-Berlin.

Schulfragen im Rathaus.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

Der Etat der Gemeindeschulen gab im Haushaltungsausschuß Anlaß zu längeren Debatten. Von unseren Genossen wurde beantragt, mit dem Bau neuer Gemeindeschulen vorzugehen, und begründend auf die heute noch vorhandenen Parochenschulen binzuweisen, die gänzlich befallig werden müßten.

fahren habe, auch bei der Entwaffnung mitgewirkt hat. Ein Antrag des Verteidigers Dr. Kurt Rosenfeld, da die Möglichkeit einer Personenverwechslung vorliegt, den Zeugen zu laden und ihn dem Angeklagten gegenüber zu stellen, wurde vom Gericht abgelehnt.

Der Anklageverteiler hielt den Angeklagten im Sinne des § 112 für schuldig und beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Rechtsanwält Dr. Rosenfeld hielt den Tatbestand des § 112 nicht für vorliegend. Der Angeklagte hat keinen Soldaten aufgefodert, Angehörigen gegen den Oberen zu begehen und die Waffen abzugeben. Die Verhandlungen über die Waffenabgabe stellen auch keine strafbare Handlung dar; denn sie hatten das lebenswerte Ziel, Unverletzungen zu vermeiden.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis; denn die bloße Anwesenheit bei der Waffenabgabe genügt, um eine strafbare Handlung im Sinne des § 112 zu begeben. Dieses Urteil ist ein Tendenzurteil genau wie das von demselben Kriegsgericht in der Friedrichshagen-Rüppiner Angelegenheit gefällte. Wann werden endlich die außerordentlichen Kriegsgerichte verschwinden?

Summer in ernster Zeit.

Der „Lohnkämpfer“ bringt folgende Notiz: Demonstrationstag der Schüler der Hindenburgschule. Die gemeldet, hatte die Gemeindevertretung von Oberschöneweide beschlossen, den Namen Hindenburgschule des dortigen Realgymnasiums zu streichen. Das hat unter den 500 Schülern der Schule Unwillen erregt und sie beschloßen, einen „Demonstrationstag“ hiergegen zu veranstalten.

Die Unwillen erregt und sie beschloßen, einen „Demonstrationstag“ hiergegen zu veranstalten. Vor einigen Tagen, nach Schluß des Unterrichts, formierten sich sämtliche 500 Schüler auf dem Schulhofe und zogen geschlossen bis zur Gasse der Friedenstraße, um von da aus bei dem dortigen Arbeiterrat vorzutreten zu werden. Das Lehrerkollegium hatte inzwischen von diesem Vorhaben Kenntnis erhalten; der Direktor und einige ältere Lehrer eilten dem Zuge nach und es gelang ihnen auch, die Schüler zu bewegen, den Zug aufzulösen. Trotzdem aber verließ es eine Deputation, sich zum Arbeiterrat zu begeben und die Bedenken der Schüler gegen die Streichung des Namens vorzutragen. Dessen wird es wohl nicht.

Der Ueberfall in Weissensee.

Die Plünderung der Pensionstruppen in Weissensee. Aber die wir gestern berichteten, hat sich gegen die dort liegende Republikanische Soldatenwehr. Depot 11, gerichtet, die von früher her die Bezeichnung Liebe beibehalten hat. Wie uns noch mitgeteilt wird, haben die Angehörigen der R. S. W. die stärkste Hilfe von Ober-Scheidemann am 8. Januar gebildet, wo sie vom Reichstage aus sich als Schutztruppe der Regierung betätigt hat.

Ueber den Ueberfall auf die Abteilung „Liebe“ der Republikanischen Soldatenwehr in Weissensee wird uns noch von anderer Seite mitgeteilt: „Man wollte uns schon längst auflösen in Folge unserer „Unzuverlässigkeit“. Diese bestand darin, daß wir keine Offiziere bei uns aufnahmen und einen gemeinen Mann zum Führer gewählt hatten. Was in einigen bürgerlichen Blättern über Lebensmittelerhöhungen usw. geschrieben wird, weisen wir als unnahe zurück. Dagegen stellen wir fest, daß die Angehörigen des freiwilligen Schutzwächterkorps gegen unsere Rote die verschlossenen Schränke nicht anwesender Kameraden erbrachen und daraus Brot und Kleidungsstücke nahmen. Auch die Kammer in der Langhansstraße wurde aufgeplündert. An Brutalität taten sich besonders einige Offiziere hervor. Leutnant Wenzel warf einem jungen Mann, der nicht schnell genug vom Lager aufstund, eine ungeladene Landgranate an den Kopf und sagte ihm dadurch eine blutende Verletzung zu. Ein Major rief einigen ihm unterstellten Soldaten zu, die Gewehre fertig zu machen und in einen Haufen neugieriger Frauen und Kinder zu schießen; es kam aber glücklicherweise nicht zur Ausführung dieses Befehls.

Die Angegriffenen erklären, daß sie immer hinter der Regierung Ober-Scheidemann gestanden hätten. Einen solchen Dank haben sie nicht erwartet. Ja, sie haben eben nicht gewußt, daß nicht Ober-Scheidemann die wirklich Regierenden sind, sondern die Militärbefehlsstellen und ihr Hauptquartier im Ebersdorf. Der eine Gewährsmann der vorliegenden Mitteilungen, der uns sein Mitteilungsblatt der R. S. W. vorwies, mag sich beim „Vorwärts“ dafür bedanken, daß er von ihm in Unkenntnis über die ganze politische Situation gehalten wurde.

Eine geheime Pfannkuchenbäckerei.

Seit etwa vierzehn Tagen bemerken die Hausbewohner in der Panierstr. 1/2, Reuthlin, wie fast täglich, vormittags gegen 10 Uhr, ein Auto vor dem Hause erdicht, um kurze Zeit darauf mit zwei beladenen verschlossenen Weisföhrden davonzufahren. Von dieser Tätigkeit machten einige Frauen den vor dem Hause beschäftigten Hauswirtschaftsarbeiterin Mitteilung, und diese teilten den Enschluß, das Mädel zu läsen. Nur zu bald gelang es ihnen. Wie immer, so erdichten auch das Auto gegen 10 Uhr kaum angekommen, wurden zwei Weisföhrde sichtbar und zwei Mann schritten sich an, mit Hilfe des Führers dieselben zu verladen. Mehrere Erdarbeiter frangen nun dazwischen und belegten die Körbe mit Beschlag. Sie trauten ihren Augen kaum, als sie dieselben öffneten und beide bis oben mit den schmutzigen appetitlichsten Pfannkuchen gefüllt sahen. Sie forschten weiter nach dem Besitzer und entdeckten denselben in der Person des im Hause Panierstr. 1/2 sein Gewerbe betreibenden Bäckermeister Grünhagen, sowie seiner Gesellen. Sie erklärten, daß der „Unbekannte“ Wehl, Ruder, Fett usw. liefern und die Pfannkuchen pro Stück mit 170 M. weiter verkaufen. Beide Körbe wurden nun nach dem Reuthliner Volkshaus gebracht und auf Anweisung des Stadtrats Niet dem Reuthliner Kinderheim, sowie dem Siedehaus zur Verteilung überwiehen. Offenbar wird die eingeleitete Untersuchung so geführt, daß ohne jede Rücksicht diesen Siedehaus und Wädherrn endgültig das Handwerk gelegt wird, denn derartige Fälle sind nicht vereinzelte. Die Bevölkerung tut aut, überall ein nachträgliches Auge zu haben auf Geschäftsführer dieser Art, die ihre Hand dazu bieten, Schleichhändler und Wädherrn ihre erbärmlichen Verdienste zu ermöglichen und zu erleichtern. Da wundern man sich nicht mehr, daß ein Teil der Bevölkerung so laut gegen eine Verstaatlichung der Lebensmittelverteilung ist.

Entwaffnung der Regierungstruppen in Rahnsdorf.

Die Vorort Berlin wurden im März mit Regierungstruppen belegt, die als Reserve für Berlin bestimmt waren. Auch Rahnsdorf wurde mit Einquartierung bedacht. Da die Unwissenheit der Regierungstruppen bei einem großen Teil der Bevölkerung Anruge hervorrief, versuchten Mitglieder des Soldatenrates auf friedlichem Wege die Truppen zur Waffenabgabe zu bewegen. Das gelang auch und jedes Blutvergießen wurde dadurch vermieden. Für die Teilnehmer an den Verhandlungen aber hatte der Vorgang ein gerichtliches Nachspiel. Vor einigen Wochen wurden fünf Rahnsdorfer Einwohner wegen Anteilnahme an der Entwaffnung zu Gefängnisstrafen von je ein bis einundeinhalbes Jahr verurteilt. Gestern hatte sich das außerordentliche Kriegsgericht des Landgerichts 11 nochmals mit dem Vorfall zu beschäftigen. Angeklagt war der Schriftführer Oswald Vösch wegen Vergehens gegen den § 112 des Str.G.B. Er soll mit den fünf bereits verurteilten Rahnsdorfern an der Entwaffnung beteiligt gewesen sein. Der Angeklagte bestritt dies; denn als er in das betreffende Lokal gekommen sei, sind schon alle Waffen abgegeben gewesen. Bei den Verhandlungen über die Waffenabgabe war er nicht zugegen. In der vorigen Verhandlung war als Verlesungszeuge der Kanonier Renschauer geladen, der zu der gestrigen Verhandlung nicht erschienen war, aber protokolllärlich ausgesagt hat, daß Vösch, dessen Namen er erst nachträglich er-

Verlängerter Polizeistunde am 1. Mai.

Verlängerter Polizeistunde am 1. Mai. Das Polizeipräsidium teilt mit: Für den 1. Mai d. J. ist im Landespolizeibezirk Berlin die Polizeistunde auf 1 Uhr morgens festgesetzt. — Der Fuß-

